Bezugs-Preis

für Leipzig und Vororte durch unsere Träger und Spediteure 2mal täglich ins Haus gebracht: 90 ₰ monatl., 2.70 ℳ vierteljährl. Bei unseren Filialen u. Annahmestellen abgeholt: 75 ₰ monatl., 2.25 ℳ vierteljährl.
Durch die Post:
innerhalb Deutschlands und der deutschen Kolonien vierteljährl. 3.60 ℳ, monatl. 1.20 ℳ ausschl. Postbestellgeld, ferner in Belgien, Dänemark, den Donaustaaten, Italien, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Oesterreich-Ungarn, Rußland, Schweden, Schweiz u. Spanien. In allen übrigen Staaten nur direkt durch die Geschäftsstelle des Blattes erhältlich.
Das Leipziger Tageblatt erscheint 2mal täglich, Sonn- u. Feiertags nur morgens. Abonnement-Annahme: Augustusplatz 8, bei unseren Trägern, Filialen, Spediteuren und Annahmestellen, sowie Postämtern und Briefträgern.
Einzelverkaufspreis der Morgenausgabe 10 ₰, der Abendausgabe 5 ₰.
Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisgasse 8. Fernsprecher: 14692, 14693, 14694.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt

und

Handelszeitung.

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis

für Inserate aus Leipzig und Umgebung die 6gespaltene 50 mm breite Petitzeile 25 ₰, die 74 mm breite Reklamezeile 1 ℳ; von auswärts 30 ₰, Reklamen 1.20 ℳ; Inserate von Behörden im amtlichen Teil die 74 mm breite Petitzeile 40 ₰.
Geschäftsanzeigen mit Platzvorschriften und in der Abendausgabe im Preise erhöht. Rabatt nach Tarif. Beilagegebühr 5 ℳ p. Tausend exkl. Postgebühr.
Festerteilte Aufträge können nicht zurückgezogen werden. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Garantie übernommen.
Anzeigen-Annahme: Augustusplatz 8, bei sämtlichen Filialen u. allen Annoncen-Expeditionen des In- und Auslandes.
Haupt-Filiale Berlin: Carl Duncker, Herzogl. Bayr. Hofbuchhandlung, Lützowstraße 10. (Telephon VI, Nr. 4603).
Haupt-Filiale Dresden: Seestraße 4, I (Telephon 4621).

Nr. 93. Dienstag, den 5. April 1910. 104. Jahrgang.

Das Wichtigste.

* Die Erste Kammer nimmt am heutigen Dienstag ihre Sitzungen wieder auf.

* In Berlin trat am Montag der Zentralverband der Maurer Deutschlands zusammen, um zu dem Tarifkampf im Baugewerbe Stellung zu nehmen. (S. d. bes. Art.)

* Die neugebildete Luftschifferkompanie ist in Köln eingetroffen und beginnt heute ihre Uebungsfahrten. (S. Dtschs. Reich.)

* Im Hafen von Marseille sind die Seeleute wegen der gerichtlichen Verfolgung unbotmäßiger Hetzer in den Ausstand getreten. (S. Ausland.)

* Bei der Landung des Breslauer Ballons „Schlesien" in der Nähe des Dorfes Tessin in Pommern verunglückte der bekannte Aeronaut Professor Abegg tödlich. (S. d. bes. Art.)

Ministerwechsel in Preußen?

Der preußische Minister des Innern, Herr von Moltke, wird, Zeitungsmeldungen zufolge, demnächst zurücktreten oder zurückgetreten werden. Richtiger ist wohl die grammatisch unrichtige, die passive Form, denn daß ein preußischer Minister von selbst ginge, ist undenkbar; bisher sind wohl noch ziemlich alle gegangen worden. Wer ist Herr von Moltke? Als jetzt die Wahlrechtsvorlage besprochen wurde, die doch aus dem Ressort des Ministers kommt und sein eigenstes Werk sein müßte, da erwies sich Herr von Moltke als ein großer Schweiger. Die Preußen gerieten in eine mehr oder minder fieberhafte Erregung, nur Herr von Moltke blieb vollständig kühl. Auch diejenigen, die gar nichts zur Sache zu sagen wußten, sprachen mit: Herr von Moltke war klüger, er wußte nichts zur Sache zu sagen und sagte daher auch nichts. Er war ja auch schon durch den Herrn Oberregierungsrat von Falkenhayn, den Erzeuger der Mißgeburt, sachlich ausgeschaltet, und die formelle Verantwortung für die Vorlage hatte Herr von Bethmann Hollweg dadurch übernommen, daß er das Gesetz allein unterzeichnet hatte ... im Gegensatz zu der bisherigen Uebung, nach welcher so wichtige Vorlagen von sämtlichen Mitgliedern einer Hohen Königlichen Staatsregierung unterzeichnet zu werden pflegten.

Nun zerbrechen sich die Leute den Kopf darüber, warum Herr von Moltke eigentlich gehen soll. Mindestens ebenso berechtigt wäre die Frage, warum er denn bleiben soll. Geradezu komisch ist der Einfall findiger Kommentatoren, Herr von Moltke könne es nicht ertragen, daß das Parlament die Wahlrechtsvorlage völlig umgestülpt habe, er könne „seinen Namen nicht unter dies Dokument setzen". Wir sind überzeugt, daß Herr von Moltke seinen Namen unter jedes Dokument setzt, wenn er sich in diesem Augenblick durch die Willensmeinung der allerhöchsten Person gedeckt fühlt. Preußische Minister kennen doch bekanntlich nur eine Verantwortlichkeit: die dem König gegenüber. Wenn also der König zufrieden ist, der Reichskanzler zufrieden ist, die Parlamentsmehrheit zufrieden ist und nur die (immerhin nicht exakt festzustellende) Volksmehrheit unzufrieden ist, so besteht für Herrn von Moltke nicht der mindeste Grund, aus dem Amte zu scheiden. Das kleine Scharmützel mit dem Herrn von Pappenheim haben ihm die Konservativen längst verziehen.

Erst im Hinblick auf die Konservativen wird die Frage des Ministerwechsels überhaupt interessant, weil die Rede geht, ihr bewährter Führer, der Herr von Heydebrand, werde Moltkes Nachfolger werden. Zu diesem Ministerwechsel wäre natürlich in erster Linie die Zustimmung des Herrn von Heydebrand erforderlich. Der ungekrönte König von Preußen leugnet, daß er die Absicht habe, einen solchen Posten anzunehmen. Aber dies Leugnen sagt natürlich nicht das mindeste; denn welcher verständige Mensch würde in solchem Falle erklären, daß er mit Vergnügen bereit sei, damit nachher die Gegner sich schadenfroh ins Fäustchen lachen könnten, wenn vielleicht das Arrangement nicht zustande käme? Indessen bei uns zu Lande ist der „Wille zur Macht", den der Ministerpräsident selbst bei einer großen Partei zu rügen wagte, durchaus nicht so selbstverständlich wie in anderen Kulturländern. Wir wissen nicht, ob Herr von Heydebrand den Wunsch zu politischem Gestalten in sich fühlt. Vielleicht findet er es bequemer, der dirigierende Kopf der konservativen Partei zu sein; vielleicht lockt ihn nicht einmal der Ausblick auf den höchsten Posten der Monarchie. Die Konservativen selbst werden sich mißtrauisch fragen, ob der Eintritt des Herrn von Heydebrand ins Ministerium ihre Chancen verbessern würde. Nicht jeder Konservative, der Minister wird, gibt einen konservativen Minister ab, und wir glauben sogar mit einiger Sicherheit die Behauptung aussprechen zu können, daß Herr von Heydebrand manche konservative Hoffnung und manche liberale Befürchtung enttäuschen würde.

Prinzipiell betrachtet, würden wir es nur begrüßen können, wenn die Regierung sich entschlösse, sich aus den Abgeordneten neu zu rekrutieren. Nur auf diesem Wege können wir dahin gelangen, daß die Parteien sich als verantwortlich empfinden und daß sie nur das fordern, was sie als Regierende selbst gewähren oder durchsetzen könnten. Die innere Tendenz weist auf den Parlamentarismus hin, und jede Handlung, die dazu beiträgt, ihn herbeizuführen, ist zu billigen. Ob für den Augenblick durch eine solche Berufung der Einfluß der Konservativen etwas gestärkt wird oder nicht, das ist eine Frage, die den unbefangenen Beurteiler nicht sehr aufregt. Herr v. Heydebrand wird, sobald er an einer leitenden Stellung steht, bald erkennen, daß selbst in Preußen eine konservative Regierung gewisse Verpflichtungen, die man nach Belieben liberal oder modern oder auch anders nennen kann, erfüllen muß. Gar so leicht ist weder das Deutsche Reich noch Preußen zu ruinieren.

Sittlichkeit und Religion.

Diese alte Streitfrage nach dem Verhältnis von Sittlichkeit und Religion wird hier in eingehender Weise, und zwar vornehmlich unter dem Gesichtspunkt behandelt, welche Forderungen sich aus diesem Verhältnis für Erziehung und Unterricht der Jugend ergeben. Der erfahrene Pädagoge Direktor Dr. M. Jahn („Psychologische Untersuchungen über die sittliche und religiöse Entwicklung und Erziehung der Jugend." Leipzig, Verlag der Dürrschen Buchhandlung) scheint uns dabei die für unsere Zeit einzig richtige Lösung zu bieten. So klar, schlicht und überzeugend wie hier haben wir kaum je den Nachweis dafür erbracht gesehen, daß nicht die Sittlichkeit von der Religion abhängt, sondern daß der Mensch auf seinem Bildungsweg von der Sittlichkeit zur Religion hingeführt werden kann. Und Jahn spricht sich, obwohl er der Sittlichkeit Selbständigkeit und zeitlichen Vorrang zuerteilt, sehr warm und überzeugend dafür aus, daß diese Entwicklung von der Sittlichkeit zur Religion bei der Erziehung der Jugend geschehen soll. Die Verteidiger der These, ohne Religion keine Sittlichkeit werden ihm deshalb keine Mißachtung oder auch nur Minderachtung der Religion vorwerfen können. Wohl aber führt er ihnen treffend vor Augen, welche ganz anders pädagogisch und didaktisch wertvolle Methode des Unterrichts sich von seinem Standpunkt aus gegenüber der rein oder vorwiegend kirchlichen Unterrichts- und Erziehungsart sich ergeben muß. Nach sachlich gründlichen, in der Form aber kurz und anschaulich gehaltenen Erörterungen über Moralpsychologie und Religionspsychologie kommt er zu einer auf modernen Grundlagen beruhenden Moralpädagogik und Religionspädagogik, die die sittliche und religiöse Erziehung in ihrer Selbständigkeit und in ihrem gegenseitigen Verhältnis nach ihrem Ziel, ihrem Stoff und der methodischen Behandlung erörtert. Die Schlüsse, die er hieraus für das Verhältnis von Schule und Staat und Schule und Kirche zieht, sind ihrem Wesen nach nichts unbedingt Neues. Aber sie behandeln die hier zurzeit so viel erörterten Fragen nach dem Verhältnis von Kirche und Schule, nach Form und Inhalt des Religionsunterrichtes und seinem Verhältnis zu den anderen Unterrichtsgegenständen der Kirche so übersichtlich und den modernen Schulforderungen entsprechend so überzeugend, daß man dieses Buch bei all seiner Ruhe und Sachlichkeit, die es auszeichnet, als ein treffliches Kampfmittel ansehen kann für eine moderne sittliche und religiöse Erziehung unserer Jugend, deren wir so dringend notwendig bedürfen, damit aus ihr wirklich sittlich gekräftigte, selbständige Persönlichkeiten hervorgehen, denen auch die Religion dann nichts Angelernes ist, sondern eine von ihnen in freiem Entschluß ergriffene innere Lebenskraft. Nicht nur moderne Lehrer, auch moderne Theologen werden das Buch mit Freuden begrüßen.

M. Wek.

Deutsches Reich.

Leipzig, 5. April.

* **Richtigstellung.** Wir veröffentlichten vor einigen Tagen eine Mitteilung des französischen Generalkonsulats in Leipzig, wonach der neue französische Zolltarif am 1. Juli in Kraft treten sollte. Gestern erhielten wir dazu folgende Zuschrift:

„Infolge der letzten mir zugegangenen amtlichen Mitteilungen beeile ich mich, Ihnen mitzuteilen, daß der neue französische Zolltarif doch gesetzmäßig mit dem 1. April d. J. in Kraft getreten ist.

Ein Irrtum in der Verfassung eines Telegramms hatte leider Anlaß zu der Vermutung gegeben, daß der neue Zolltarif erst mit dem 1. Juli 1910 in Geltung komme, wie ich Ihnen am 1. April mitteilte.

Mit vorzüglicher Hochachtung!
Der Generalkonsul der Republik Frankreich.
A. Bousquet."

* **Die Absichten des schwarz-blauen Blocks.** Die sächsischen Konservativen suchen beständig das Bestehen des schwarz-blauen Blocks zu leugnen. Diese Versuche sind zwar schon bisher stets verunglückt, aber es ist doch ganz wertvoll, wenn vom führenden konservativen Organ Preußens, von der „Kreuzzeitung", ausdrücklich bestätigt wird, daß Konservative und Zentrum für die Zukunft zusammenarbeiten wollen, um eine Aera der Reaktion heraufzuführen. Wir lesen in dem genannten Organ:

„Die gegenwärtige Mehrheit ist keineswegs bloß durch parteipolitische Taktik zusammengeführt worden. Die Konservativen sind, das ist gar kein Geheimnis, hauptsächlich deshalb zu großen Opfern bereit, weil sie der Regierung behilflich sein wollen, den bitteren Rest der Blockaera aus der Welt zu schaffen. Sie haben lange die Blockpolitik unterstützt und fühlen sich mit verantwortlich für deren Folgen. Sie wollen nun reine Bahn machen helfen für eine weniger dem Parlamentarismus huldigende Regierungsweise, wie sie das Programm des Herrn v. Bethmann Hollweg ankündigte. Die Bedeutung des „neuen Mannes" ist ihnen eben schneller aufgegangen, als den Nationalliberalen, die ihm zunächst mit offen ausgesprochenem Mißtrauen gegenübertraten."

Es wird interessant sein, zu beobachten, was die sächsischen Konservativen nunmehr zu diesen netten Plänen sagen.

* **Der nationalliberale Verein zu Grünhain** hatte für Freitag eine öffentliche Versammlung in den Ratskeller einberufen. Lehrer Hiemann-Leipzig sprach über die Reform des Religionsunterrichts in der Volksschule, baute seine Darlegungen auf die Zwickauer Thesen auf und vertrat energisch die Forderungen des Sächsischen Lehrervereins. Ihm sekundierten mehrere Lehrer, u. a. Kantor Leuschel aus Crottendorf. In die Debatte griffen auch die Pfarrer Dr. Paulinus-Elterlein und Pfarrer Gräfe-Arnsfeld ein. Eine Einigung kam nicht zustande. Der Vorsitzende konnte am Schluß der fast 5stündigen Verhandlungen feststellen, daß diese von beiden Seiten mit Würde und Ernst geführt worden waren.

* **Sächsische evangelisch-soziale Vereinigung.** In der Pfingstwoche vom 17. bis 19. Mai wird hier die Sächsische evangelisch-soziale Vereinigung ihre diesjährige Tagung abhalten.

*

* **Ernennung.** Der „Reichsanzeiger" schreibt: Der bisherige Gesandte in Kopenhagen Graf Henckel von Donnersmarck wurde zum Wirkl. Geh. Rat mit dem Prädikat Exzellenz ernannt.

* **Neue Kriegsschiffe.** Pünktlich mit dem Beginn des neuen Etatsjahres sind die bewilligten Kriegsschiffe von der Marineverwaltung in Auftrag gegeben worden. Die Aktiengesellschaft Weser in Bremen erhielt den Auftrag zum Bau des neuen kleinen Kreuzers „Ersatz Cormoran", die Werft Blohm & Voß in Hamburg wurde mit dem Bau des großen Panzerkreuzers „I" beauftragt.

* **Die Luftschifferkompanie,** die im vergangenen Winter von verschiedenen Truppenteilen des Reichs zusammengezogen worden ist, ist am Sonntag in der neuen Garnison Köln unter Hauptmann George in einer Stärke von 110 Mann eingetroffen. Am Dienstag soll mit den Uebungsfahrten begonnen werden.

* **Die Petitionskommission des Reichstags** erstattet ihren Bericht über eine Petition des Verbandes deutscher Lohnfuhrunternehmer, Straßenbahnen nur noch in Straßen von 16 Meter Breite zuzulassen und ihre Fahrtgeschwindigkeit herabzusetzen, ferner die Wagen der Straßenbahnen in größeren Abständen verkehren zu lassen, damit keine Ansammlungen in belebten Straßen stattfinden. Durch Gesetz sollten die Mißstände, die sich durch das Anschwellen der Straßenbahnwagen in engen belebten Straßen ergäben, beseitigt werden. Die Kommission verwarf die Petition, erkannte die Mißstände zum Teil an, hielt sie aber nicht für so dringend, daß gesetzliche Vorschriften einzugreifen hätten.

* **Zur Kellnerinnenfrage.** Eine Massenpetition deutscher Frauen, betreffend das Verbot weiblicher Bedienung in Gastwirtschaften, ist dem Reichstage zugegangen. Die Vorkämpferin auf diesem Gebiete, Frau Zellinet-Heidelberg, hat 130 000 Unterschriften gesammelt, um von den Kellnerinnen eine unerträgliche Schmach zu entfernen, deren körperliche Eigenschaften kapitalistisch ausgebeutet würden.

* **Auswanderungswesen im Jahre 1909.** Ein Bericht über die Tätigkeit der Reichskommissare für das Auswanderungswesen während des Jahres 1909 ist dem Reichstage zugegangen. Ueber den Umfang der Auswanderung ist folgendes zu sagen: Es wanderten aus über Bremen 144 417 Personen (darunter 11 962 Deutsche), mehr gegen 1908 69 791 Personen. Die meisten Auswanderer waren Slawen. Von den Deutschen wanderten 11 208 nach Nordamerika aus, das noch immer den Hauptanziehungspunkt, namentlich jetzt wieder nach dem Aufschwunge der wirtschaftlichen Verhältnisse, bildet. Eine größere Auswanderung machte sich nach Argentinien und Brasilien bemerkbar. Ueber Hamburg wanderten 113 535 Personen aus (darunter 2297 Deutsche, die nach deutschen Kolonien gingen. Die Rückwanderung hatte 1909 gegen das Vorjahr bedeutend abgenommen, die meisten Auswanderer hatten an ihren Zielen für längere Zeit die gewünschte Arbeit gefunden.

* **Eine Vertreterversammlung der Nationalliberalen Partei für die Rheinprovinz** fand am Sonntag in Köln unter Vorsitz des Professors Moldenhauer statt. Prof. Moldenhauer behandelte in einleitenden Ausführungen die politische Lage. Dann wurden Aenderungen in den Satzungen angenommen. Ueber die Reform der Rheinischen Landgemeindeordnung berichtete der Geschäftsführer der Düsseldorfer Handelskammer Dr. Brandt. Zur Frage der preußischen Wahlrechtsreform führte Fabrikbesitzer Kühn-Elberfeld aus: Die Beseitigung der Drittelung in den Urwahlbezirken und die Vermehrung der Zahl der Abgeordneten — wenn nicht eine Aenderung der Wahlkreise zu ermöglichen sei — seien Forderungen, auf denen unbedingt bestanden werden müsse. In einer Resolution wurde dann den Beschlüssen des Zentralvorstandes vom 13. März zugestimmt.

* **Die Organisation der Fortschrittlichen Volkspartei.** Nach den Uebergangsbestimmungen für die Verschmelzung der drei linksliberalen Parteien sollte innerhalb eines Monats nach der Bildung der Gesamtpartei eine Verständigung über den Zusammenschluß der konkurrierenden Vereine oder Verbände erfolgen. Da am 6. März die Fortschrittliche Volkspartei gebildet worden ist, ist die Frist nun verstrichen. Der geschäftsführende Ausschuß der Fortschrittlichen Volkspartei versendet daher in diesen Tagen ein Rundschreiben an alle organisierte Ortsgruppen mit der Aufforderung, die Vereine baldigst neu aufzurichten. In Elsaß-Lothringen wird übrigens von den Linksliberalen ein ähnliches Verfahren wie in Mecklenburg angeschlagen, wo der liberale Landesverein aus taktischen Gründen Zurückhaltung gegenüber der Fortschrittlichen Volkspartei übt, aber seinen Ortsvereinen den Anschluß freigestellt hat.

* **Der zweite Parteitag der Demokratischen Vereinigung** findet vom 15.—17. Mai in Köln a. Rh. statt. Den politischen Jahresbericht gibt Dr. Breitscheid, den Geschäftsbericht Dr. Gieser. Weiter wird über den Programmentwurf und über das Thema „Die Angestellten und die Politik" verhandelt.

* **Eine deutsche Feier in der Bukowina.** Am 14. und 15. Mai findet in Czernowitz die Weihefeier des neu erbauten „Deutschen Hauses" statt, das bestimmt ist, der Mittelpunkt des gesamten kräftig aufblühenden Deutschtums im alten Buchenlande zu werden. An der Feier werden sich auch zahlreiche Vertreter des Deutschtums aus Deutsch-Oesterreich, darunter Abgeordnete und frühere Minister, beteiligen. Der Festausschuß betreibt schon seit Wochen eifrig umfassende Vorbereitungen zu dieser für die Deutschen im äußersten Osten der Habsburgischen Monarchie seltenen Feier. Reichsdeutsche, die ihr Weg in diesen Tagen in das schöne Buchenland führen sollte, werden sicher hochwillkommene Gäste sein.

* **Koloniale Literatur und „Kolonialblatt".** Das amtliche „Kolonialblatt" veröffentlicht fortan in einer besonderen Rubrik die neuesten Erscheinungen der kolonialen Literatur. Von einem fachmännisch geschulten Bibliothekar zusammengestellt, verzeichnet diese Rubrik die neueste Kolonialliteratur nach 24 Stichworten, unter denen beispielsweise „Finanzwesen", „Landwirtschaft", „Bergbau", „Handelswesen", „Gewerbe und Industrie", „Missions- und Schulwesen" sich finden. Es leuchtet ein, daß die literarische Uebersicht nicht nur dem Parlamentarier, Gelehrten usw., sondern auch dem praktischen Kolonialmanne es wesentlich erleichtert, sich über neue koloniale Veröffentlichungen zu unterrichten.

Ausland.

Frankreich.

* **Prinz Max von Sachsen in Paris.** Der „Matin" bringt anläßlich der Predigten, die Prinz Max von Sachsen zurzeit in der ältesten Kirche von Paris, St. Julien des Pauvres, hält, eine umfangreiche Würdigung des prinzlichen Priesters, in der besonders hervorgehoben wird, daß der Prinz sein gesamtes Einkommen von 40 000 ℳ jährlich an die Armen verteilt.

* **Streik der Marseiller Seeleute.** Das Personal der eingeschriebenen Seeleute in Marseille, namentlich die Heizer und Kohlenzieher, haben einen Demonstrationsstreik begonnen, um auf diese Weise gegen die Einstellung algerischer Eingeborener auf den Schiffen der Mittelmeerlinien und gegen die von den Behörden gegen widerspenstige Heizer auf dem Dampfer „Muluja" verfügten gerichtlichen Maßnahmen zu protestieren. Während am Sonntag nur auf einigen Schiffen die Heizer usw. streikten, so daß ihre Abfahrt stark verzögert wurde, verließen infolge des Montag früh vom Syndikat der eingeschriebenen Seeleute erlassenen Streikaufrufs die Mannschaften der Fahrzeuge sämtlicher Dampfergesellschaften die Schiffe. Der Aufruf des Syndikats ermahnt die Seeleute, so lange im Streike zu verharren, als die Maßnahmen gegen die Heizer der „Muluja" aufrechterhalten bleiben. Da das Auslaufen keines Dampfers sichergestellt werden kann, beginnt die Compagnie Transatlantique, die Ueberfahrtspreise zurückzuzahlen. — In der Debatte über das Marinebudget im Senat äußerte Flaissières sein Bedauern über die in Marseille gestern erfolgte Verhaftung von zwölf Heizern des Dampfers „Muluja". Unterstaatssekretär Chéron erwiderte, er sei entschlossen, der Disziplin der Handelsmarine Geltung zu verschaffen. Die Heizer des „Muluja" hätten in dem Augenblick der Abfahrt des Schiffes die Arbeit verlassen. Eine solche Handlungsweise könne nicht geduldet werden; sie seien deshalb dem Gesetz entsprechend verfolgt worden. Die eingeschriebenen Seeleute hätten darauf

SLUB
Wir führen Wissen.